

der KAB Deutschlands  
und der  
Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer/innen (EBCA)

**Europawahl 2014 - Für ein starkes soziales Europa**

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) hat mit dem Slogan „Wer ist Europa...wenn nicht wir?“ bei Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld der Europawahlen für ein soziales, gerechtes und menschliches Europa geworben. Sie hat Menschen ermutigt, europäische Themen zu diskutieren, ihre Meinung zu sagen und zur Wahl zu gehen. Sie hat ihre Werte und Positionen für ein besseres Europa mit Beteiligung von Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament zur Diskussion gestellt und damit öffentlich zur Meinungsbildung beigetragen.

Mit ihrem europaweit vernetzten Internet-Portal „www.vote-europe.net“ haben die KAB und die „Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer/innen (EBCA)“ Menschen in den Ländern der Europäischen Union aufgerufen, sich an einer Meinungsbildung zu europäischen Zukunftsfragen zu beteiligen. Die ersten Ergebnisse zeigen: ein solidarisch, demokratisch und sozial gestaltetes Europa wird Zukunft haben. Gezielte Umfragen kommen dabei zu dem Ergebnis: die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa darf nicht eingeschränkt werden, die Leiharbeit muss reduziert werden, die Verhandlungen zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA (TTIP) müssen gestoppt werden.

Die KAB und die EBCA haben sich zudem im Rahmen der „Europäischen Allianz für den freien Sonntag“ europaweit für den arbeitsfreien Sonntag als ein Element des europäischen Sozialmodells eingesetzt. Über 80 Kandidatinnen und Kandidaten, die für das Europäische Parlament zur Wahl standen, haben gegenüber der Europäischen Sonntagsallianz schriftlich erklärt, dieses Ziel aktiv mit zu verfolgen.

Zum Ergebnis der Europawahlen, die vom 22. bis 25. Mai 2014 stattgefunden haben, stellen wir fest:

Die wiederum geringe Wahlbeteiligung belegt, dass die europäische Politik dringend einer Profilierung bedarf, um Akzeptanzprobleme abzubauen, und die europäische Demokratie ausgebaut werden muss.

Der Wahlkampf reduzierte sich teilweise auf die Frage nach mehr oder weniger Europa, als ginge es um ein Votum für oder gegen Europa. Zu den wirklichen Zukunftsfragen der Europäischen Union wurden kaum Alternativen diskutiert. Zudem sind die vielen Parteien, die zur Wahl angetreten sind, die zum Teil ohne europapolitisches Programm nur Partikularinteressen vertreten, ein Problem. In einigen Ländern waren nicht-europäische Themen bei der Wahlentscheidung ausschlaggebend, sondern es ging um nationale Interessen.

Die proeuropäischen Parteien und Fraktionen stehen damit vor der großen Herausforderung, eine europäische Identität des Europäischen Parlaments auszubilden. Gleichzeitig muss die Demokratisierung der europäischen Institutionen vorangetrieben werden.

Die Europawahl war zudem maßgeblich für die Bestimmung des zukünftigen Präsidenten der Europäischen Kommission. Wir erwarten, dass das Wählervotum respektiert wird und der durch die Mehrheitsfraktionen bestimmte Kandidat vom Europäischen Rat für das Amt des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen wird.

Das Wahlergebnis zeigt in einigen Ländern das Vordringen rechtspopulistischer, rechtsextremer und antieuropäischer Kräfte, die eine Bedrohung für das weitere Zusammenwachsen Europas darstellen. Wir rufen die proeuropäischen Fraktionen im Europäischen Parlament dazu auf, die antieuropäischen und nationalistischen Parteien und Bewegungen zu isolieren. Die Politik in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments muss geprägt sein von der Überwindung der sozialen Spaltung in Europa und Fortschritte in der Ausgestaltung eines sozialen Europas bringen. Denn eine soziale und gerechte europäische Politik ist Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Europa.

Gerade in der Finanz-, Wirtschafts- und Verschuldungskrise sind europaweite einheitliche Regelungen dringender denn je gefordert. Nationale Alleingänge helfen nicht weiter, sondern verschärfen die Problemlage und die negativen Folgen für das Leben der Menschen in Europa. In diesen Krisenzeiten müssen das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Europäische Rat ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Die Entfesselung des Kapitals hat sich für Mensch und Umwelt als zerstörerisch erwiesen. Internationale Solidarität, Nachhaltigkeit und demokratische Kontrolle sind nun die Gebote der Stunde.

Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem europäischen Sozialpakt. Es ist Zeit für einen Systemwechsel hin zu einer solidarischen und ökologischen Ökonomie. Die wirtschaftliche Integration Europas, die mit dem Europäischen Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen wurde, muss durch eine zweite Säule -dem sozialen Europa- und eine dritte Säule -dem ökologischen Europa- ergänzt werden. Das derzeit herrschende neoliberale Leitbild muss sich umkehren in ein Leitbild eines europäischen Sozialmodells, das die ökologische und soziale Dimension miteinander verbindet. Deshalb lehnen wir das transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA (TTIP) ab, damit eine transparente Handelspolitik der EU stattfinden kann.

Wir fordern ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Sicherheit. Die vehemente Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss durch eine abgestimmte europäische Politik und durch die kostenlose Erstausbildung für Jugendliche höchste Priorität erhalten.

Zudem fordern wir ein starkes soziales Europa, mit guter Arbeit und fairen Löhnen sowie einen europäisch definierten Mindestlohn auf Basis der Armutsdefinition in der EU, der 60% des in den jeweiligen Ländern existierenden Medianlohnes beträgt.

Regina-Dolores Stieler-Hinz  
KAB Bundesvorsitzende

Otto Meier  
EBCA Präsident